

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Band 6

**Der Beitrag der
EG-Regionalpolitik zur Verringerung
der Einkommensdisparitäten in
der Europäischen Union**

Eine empirische Analyse

Von

Thomas Wellenhofer



Duncker & Humblot · Berlin

THOMAS WELLENHOFER

**Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der
Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union**

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Herausgegeben von Professor Dr. Karl-Dieter Grüske

**in Zusammenarbeit mit den Professoren
Dr. Wolfgang Harbrecht, Dr. Joachim Klaus,
Dr. Werner Lachmann, Dr. Manfred Neumann**

Band 6

**Der Beitrag der
EG-Regionalpolitik zur Verringerung
der Einkommensdisparitäten in
der Europäischen Union**

Eine empirische Analyse

Von

Thomas Wellenhofer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wellenhofer, Thomas:

Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union : eine empirische Analyse / von Thomas Wellenhofer. – Berlin : Duncker und Humblot, 1997

(Abhandlungen zur Nationalökonomie ; Bd. 6)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-428-086826-0

n 2

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0947-4595

ISBN 3-428-08626-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Die vorliegende Arbeit meines langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr. Thomas Wellenhofer befaßt sich mit dem Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union. Zwanzig Jahre nach Gründung des Europäischen Regionalfonds EFRE im Jahr 1975 und dem Beginn einer aktiven europäischen Regionalpolitik hat sich die Regionalpolitik der Europäischen Union gemessen am Haushaltsvolumen mit Abstand zur wichtigsten Gemeinschaftspolitik neben der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union entwickelt. Im Jahr 1996 stellte die Gemeinschaft im Rahmen ihrer verschiedenen Strukturfonds einschließlich dem 1992 gegründeten Kohäsionsfonds über 27 Mrd. ECU oder mehr als 52 Mrd. DM, das sind rund 33 % ihrer gesamten Haushaltsmittel, zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in der Europäischen Union zur Verfügung mit dem Ziel, „die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.“ (Art. 130 a EGV)

Schon der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 wurde gemäß seiner Präambel nicht nur in dem festen Willen geschlossen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen, sondern auch in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern. Obwohl also die Europäische Gemeinschaft von Anfang an neben ihren sonstigen Zielen auch eine regionale Angleichung der Lebensverhältnisse anstrebte, glaubte man ursprünglich, auf eine aktive europäische Regionalpolitik verzichten zu können. Man vertraute damals vielmehr darauf, daß die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes mit freiem Güter- und Dienstleistungsverkehr, Niederlassungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit und freiem Kapitalverkehr schon allein ausreichen würde, eine regionale Angleichung der Faktorpreise und damit der Einkommen und der Lebensverhältnisse zu bewirken. Erst als man feststellte, daß diese Erwartungen durch den Integrationsprozeß nicht erfüllt wurden, tauchte zunehmend stärker die Forderung nach einer aktiven europäischen Regionalpolitik auf.

Die europäische Regionalpolitik wurde schließlich Anfang der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der Planung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Allerdings führte sie zunächst lange Jahre ein Schattendasein, nachdem der erste Versuch zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion Anfang der siebziger Jahre gescheitert war. Erst seit Mitte der achtziger Jahre steigen die Ausgaben der Europäischen Union für regional- und strukturpolitische Maßnahmen stark an. Angesichts dieser Entwicklung liegt es nahe zu untersuchen, ob und in welchem Umfang die Strukturhilfen im Rahmen der Regionalpolitik der Europäischen Union seither zu einer regionalen Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union beitragen. Diese Fragestellung ist der Kern der vorliegenden Arbeit von Herrn Dr. Wellenhofer.

Empirische Untersuchungen zur Wirksamkeit der Regionalpolitik der Europäischen Union wurden zwar auch schon in der Vergangenheit durchgeführt, doch sind die meisten von ihnen älteren Datums und betreffen Zeiträume, in denen die Mittel für die EG-Regionalpolitik noch wesentlich knapper waren als heute und die Politik im wesentlichen vom „Zahl-ein-hol-zurück-Prinzip“ bestimmt war. Außerdem waren alle Studien der Vergangenheit zeitpunktbezogen, d. h. sie verglichen jeweils nur die Entwicklung zwischen zwei Zeitpunkten. Demgegenüber reicht die vorliegende Untersuchung nicht nur bis in die jüngste Vergangenheit, sondern betrachtet auch die Entwicklung der regionalen Einkommensentwicklung über den gesamten Zeitraum seit Einführung der EG-Regionalpolitik hinweg. Außerdem wird in der Arbeit ein Analyseinstrumentarium entwickelt, um herauszufinden, ob Veränderungen der regionalen Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union auf Entwicklungen innerhalb der Mitgliedstaaten oder auf zwischenstaatliche Entwicklungstendenzen zurückzuführen sind.

In seiner Arbeit gelangt Herr Dr. Wellenhofer zu folgenden Kernergebnissen:

1. Im Analysezeitraum 1975 - 1992 läßt sich bei den Nominaleinkommen durchweg eine Verringerung der Disparitäten feststellen.
2. Führt man die Disparitätenanalyse jedoch auf der Basis von Kaufkraftstandards (KKS) durch, so läßt sich zwischen den verschiedenen Regionen der Europäischen Union so gut wie keine reale Angleichung der Lebensverhältnisse feststellen.
3. Allerdings haben sich im Betrachtungszeitraum sowohl die Nominaleinkommen als auch die Realeinkommen zwischen den Mitgliedstaaten verringert, während sie sich innerhalb der Mitgliedstaaten tendenziell vergrößert haben.